

Reinhold-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagssort: Bocholt.
Postverlagsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Druckpreis: Abdruck von 1000 Exemplaren 25 Mk. wöchentlich. Durch Boten abzugeben 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Mk. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Mk. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Reinhold-Zeitungen 10 Mk. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Mk. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).

Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinslperloer Straße 55 (H. Florad), Kurloer Weg 2 (G. Rötten), Schwannestraße 2 (H. Unland), Sachsenstraße 89 (H. Klotte), Tellingstraße 14 (A. Quirbach), Gneisenaustraße 85 (H. Quirbach), Potsdamstraße 2 (H. Hoves). — Geschäftsstelle Rheide: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rheide 78.

Nummer 198

Samstag, den 20. Juli 1935

Jahrgang 1935

Massendemonstration in Paris gegen Laval's Sparverordnungen.

Trotz strengen Verbotes zogen 20 000 Menschen zum Opernplatz.

Der Polizeipräsident warnt.

DNB Paris, 19. Juli.

Obwohl Regierung und Polizei die für Freitagabend beabsichtigten Kundgebungen gegen die Sparverordnungen verboten hatten, wurden in den marxistischen Blättern und in der kommunistischen „Humanité“ die Angehörigen der Beamtenverbände, die Eisenbahner, die Postangestellten, die Staatsarbeiter, die Lehrer und weitere von der Gehaltskürzung betroffene Gruppen aufgefordert, heute 18.30 Uhr auf dem Opernplatz zu demonstrieren. Der Beamtenverband erklärte in einem Aufruf an seine Anhänger: „Die Kundgebung findet statt, selbst wenn sie verboten ist.“

In den Aufrufen zur Kundgebung, die in gewaltigen Zetteln auf den ersten Seiten der marxistischen Presse veröffentlicht wurden, heißt es, daß bei der Kundgebung verlebende Sanktionen und Worte gegen die Armee und gegen die Polizei vermieden werden müssen, weil diese ebenfalls unter den Sparverordnungen zu leiden hätten genau wie die Demonstranten. „Nieder mit den Sparverordnungen“, heißt es in allen Aufrufen der radikalen linken Presse. Um die „Gleichheit“ der den französischen Bürgern auferlegten Opfer zu charakterisieren, veröffentlicht die „Humanité“ an der Spitze des Blattes in großer Aufmachung folgende Berechnung: ein Einkommen von 90 000 Franken wird mit 192 Franken zusätzlicher Steuern belegt, ein Beamter aber, der 10 100 Franken verdient, muß 1010 Franken opfern.

Der Polizeipräsident von Paris hat im Laufe des Tages amtlich bekanntgegeben, daß jegliche Kundgebungen am Freitagabend verboten sind.

Der Opernplatz abgesperrt.

Die Sicherheitsmaßnahmen in der Innenstadt.

DNB Paris, 19. Juli.

Der französische Innenminister Paganon hat erklärt, daß die Regierung streng durchgreifen werde, um jede Störung der Ruhe und Ordnung durch Kundgebungen gegen die Sparmaßnahmen der Regierung zu verhindern. Alle Maßnahmen seien getroffen.

Das Polizeipräsidium hat erneut eine Mitteilung ausgegeben, durch die jede Kundgebung auf offener Straße verboten wird. Trotz dieser Erlasse sind die gewerkschaftlich organisierten Beamten und andere Verbände entschlossen, am Freitagabend auf dem Opernplatz zu demonstrieren. Der Aufmarsch zum Opernplatz soll über die verschiedenen großen Straßenzüge geführt werden, d. h. nach Schluß der Bürozeit.

Die Pariser Innenstadt um das Opernviertel bot am Freitagabend ein ungewohntes Bild. Zur Verhütung verbotener Straßenkundgebungen hat die Polizei mit Unterstützung der republikanischen Garde zu Pferde und zu Fuß und von Militär den Opernplatz in 500 Meter Umkreis abgesperrt und den Verkehr umgeleitet. Die meisten Geschäfte des abgelegenen Viertels haben geschlossen und die eisernen Rolläden heruntergelassen. Eine ziemlich große Menschenmenge hat sich in der Nähe angesammelt und wartet auf die Dinge, die da kommen sollen. Kleine Gruppen durchziehen die Straßen und singen die Internationale. Zu Zwischenfällen ist es bis jetzt noch nicht gekommen. Der Sicherheitsdienst hält sich ziemlich zurück.

20 000 Menschen unterwegs.

15 Lastautos mit Verhafteten.

(!) Paris, 19. Juli.

Bis 20 Uhr werden in Paris keinerlei Zwischenfälle gemeldet. Die Polizei beschränkt sich darauf, den Verkehr aufrechtzuerhalten, der in der Umgebung der abgesperrten Straßenzüge hier und da von mehr oder weniger großen Gruppen aufgehalten wird. Mithalten hört man Sprechschreie ausrufen: „Laval Demission! Laval Demission! Unsere Ehre — Ehre — Ehre!“ Zwischen durch erklingt die Internationale, die von einem Teil der Kundgebung mit dem kommunistischen Gruß beantwortet wird. Die Hüter der Ordnung können jedoch

ohne Mühe jede Ansammlung zerstreuen und die umringten Autobusse und Kraftwagen wieder freimachen. Die Polizei wird im wesentlichen mit dem Ruf begrüßt: „Polizei, steh uns bei!“ Im großen und ganzen spielt sich die Kundgebung, abgesehen von großem Geschrei, ziemlich harmlos ab, da an ihr nur das Vintslager beteiligt ist und folglich zu Zusammenstößen mit Andersgesinnten keine Gelegenheit geboten ist. Die Polizei nimmt hier und da Verhaftungen vor, wo Demonstranten sich ihren Weisungen widersetzen.

Von der Polizei wird die Zahl der Demonstranten, die sich zwischen 18 und 20 Uhr auf dem Opernplatz versammelten wollten, auf 20 000 geschätzt. Inzwischen ist der Zutritt abgesperrt; der Verkehr in der Innenstadt wurde zwischen 20 und 21 Uhr wiederhergestellt. Zu scharfen Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Immerhin hat die Polizei eine größere Menge von Demonstranten, die sich ihren Anordnungen widersetzen, auf etwa 15 Lastkraftwagen abtransportiert.

Rücktritt des Berliner Polizeipräsidenten.

Graf Helldorf
Nachfolger von Lohse.

DNB Berlin, 19. Juli.

Der Polizeipräsident von Berlin, Konrad Helldorf, hat den Reichs- und preussischen Ministern des Innern Dr. Frick und Entschung von seinem Amt gebeten. Der Reichs- und preussische Minister des Innern hat bis zur endgültigen Genehmigung durch den Führer und Reichskanzler den Polizeipräsidenten von Lohse von seinen Dienstgeschäften entbunden und mit ihrer vorläufigen Wahrnehmung mit sofortiger Wirkung den Polizeipräsidenten von Potsdam, SA-Gruppenführer Graf Helldorf, betraut.

In Verfolg dieser Neuernennung fand Freitag mittag eine Besprechung statt, an der mit Reichsminister Graf Helldorf, Polizeipräsident SA-Gruppenführer Helldorf und SA-Gruppenführer Uhl und teilnahmen. In dieser Besprechung wurden die Richtlinien festgelegt, nach denen in Zukunft in planvoller Zusammenarbeit zwischen politischer Leitung, SA-Führung, Polizei und Stadtverwaltung der Kampf um die Säuberung der Reichshauptstadt von kommunistischen Verfassungsverfälschern, reaktionären Treibern und bolschewistischen jüdischen Annahmungen weitergeführt werden soll.

Die Besprechung ergab eine vollkommene Übereinstimmung, die die Gewähr bieten wird, daß auch in Zukunft der Charakter der Reichshauptstadt als einer durch die NSDAP eroberten deutschen und nationalsozialistischen Stadt, die dieses Reiches und Volkes würdig ist, in vollem Umfange gewahrt bleibt. Partei, Polizei und

Verwaltung werden es als ihre Ehrenpflicht ansehen, in einträchtigem Zusammenwirken diesem großen Ziele zu dienen.



Graf Helldorf.

Der soeben mit der vorläufigen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Berliner Polizeipräsidenten beauftragte Polizeipräsident von Potsdam, SA-Gruppenführer Graf Helldorf, wurde am 14. Oktober 1896 in Merseburg geboren. Im Kriege ging er als Fahnenjunker im Infanterieregiment Nr. 12 ins Feld und wurde in diesem Regiment am 22. März 1915 zum Leutnant befördert. Nach der Revolution nahm er seinen Abschied und war danach von 1920 an im landwirtschaftlichen Beruf tätig. Er schloß sich der NSDAP an und wurde 1925 in dieser in den preussischen Landtag gewählt. Von 1925 bis 1928 war er als Landwirt und Rittergutsbesitzer tätig und wurde dann 1931 SA-Führer von Berlin-Brandenburg.

In dieser Eigenschaft wurde er Ende 1931 von dem marxistisch eingestellten Schöffengericht wegen angeblichen Landfriedensbruchs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, in dem Berufungsverfahren vor dem Landgericht jedoch wieder freigesprochen. Unter seiner Leitung wurde am 8. März 1933 auf Anweisung des preussischen Ministers des Innern das Volkshaus in Berlin für die SA beschlagnahmt und in Fort-Wesels-Haus umgetauft.

Am 25. März 1933 wurde er zum Polizeipräsidenten von Potsdam ernannt und am 3. Juni 1933 in das preussische Ministerium des Innern berufen, um das Referat für Pferdesport zu übernehmen.

Der bisherige Polizeipräsident von Berlin, Konrad Helldorf, ist am 2. März 1933 als Nachfolger des Polizeipräsidenten Dr. Meißner übernommen worden. Helldorf ist in Gensburg geboren und trat im Frühjahr 1889 als Kadett in die Kaiserliche Marine. Von 1903 bis 1906 gehörte er u. a. dem Admiralstab der Marine in Berlin an. Von 1916 bis 1918 befehligte er den Posten des Chefs der Operationsabteilung des Kommandos der Hochseestreitkräfte. Nachdem Helldorf von Januar bis März 1920 Chef der Marinekassette der Ostsee war, erbat er im Herbst des gleichen Jahres den Abschied. Während des Krieges hat Helldorf an allen Unternehmungen der Hochseeflotte teilgenommen. In den Jahren nach dem Kriege nahm er lebhaften Anteil an vaterländisch-politischen Bestrebungen.

Der österreichische Gesandte hat gestern im Auswärtigen Amt in Berlin dargelegt und den Dank des Bundeskanzlers für die Beileidskundgebung der Reichsregierung, die der Gesandte von Japan übermittelt hatte, zum Ausdruck gebracht.

Durch königliches Dekret ist der südlawische Gesandte in Berlin, Balugowitsch, in den Ruhestand getreten.

Tagesrundschau.

Ein heißes Eisen für den Völkerbund.

Nun kommt der Konflikt zwischen Italien und Abessinien doch noch vor den Völkerbund, so sehr sich auch Generalsekretär Avenol bemüht hat, eine Einigung zwischen England, Frankreich und Italien außerhalb des Genfer Gremiums zustandzubringen. Herr Avenol weiß sehr wohl, was es für den Völkerbund für eine Belastung darstellt, wenn die Abessinien-Frage wirklich vor diesem Forum aufgerollt wird. Und insofern hat er alle Mühen gespart, um außer halb Genfs eine Vereinbarung zwischen den drei Großmächten zustandzubringen. Diese Verträge müssen heute als restlos gescheitert angesehen werden, zumal England jetzt darauf besteht, den Völkerbund mit dem Fall Abessinien zu befaßeln. Andererseits soll Mussolini den Standpunkt vertreten, daß nunmehr das Angelegenheit Italiens einen Feldzug verlangt. Aber dieser kategorischen Erklärung traut man in Paris doch nicht recht, sondern sieht in ihr vielmehr ein taktisches Manöver des Duce, von dem man glaubt, daß er im letzten Augenblick doch noch zu einem Vergleich bereit sein wird, da ihm das Risiko eines langwierigen Kolonialkrieges auch nicht unbekannt sein dürfte. Wie dem auch sei, ist es heute nicht mehr zweifelhaft, daß am 20. Juli der Völkervbund die heilige Frage Abessinien wohl wird anpacken müssen. Es heißt zwar, daß man in dieser Ratstagung sich lediglich auf die Ernennung des fünften Schiedsrichters beschränken und den übrigen Dingen zunächst ihren Lauf lassen wolle. Andererseits hegt man aber in London die Überzeugung, daß die Italiener einer gründlichen Überprüfung über sämtliche Fragen des Falles zustimmen und ihre eigenen Beschwerden begründen in Genf vorbringen werden. Man kann den Völkervbund wirklich nicht um die Rolle beneiden, in die er nun hineingeworfen wird. Drei Großmächte, neben Italien Frankreich und England, sind an der Frage Abessinien brennend interessiert und vertreten dabei zum Teil ganz entgegengesetzte Standpunkte. Für wen soll sich der Völkervbund nun entscheiden? Er will es natürlich mit keinem von den dreien verberben, und wenn sich die drei Großmächte tatsächlich vor dem 20. Juli nicht in irgendeiner Form einigen, dann hat sich der Völkervbund zwischen zwei Stühle gesetzt. Nach der bisherigen Arbeitsweise in Genf wird man wohl kaum erwarten können, daß die Klagen und Beschwerden Abessinien selbst eine große Rolle spielen werden, sondern daß hier vielmehr die kolonialpolitische der Großmächte hinter den Kulissen ausgehandelt wird. Daß in diesem Fall auch Abessinien etwas zu bieten hat, geht aus einer Erklärung des abessinischen Außenministers hervor, der gestern sagte, in der Parlamentstribüne des Kaisers sei nicht zum Ausdruck gekommen, daß außer der Absehnung eines italienischen Mandats überhaupt jedes Mandat einer fremden Macht abgelehnt werde. Woraus hervorgeht, daß der Kampf Abessinien sich nur gegen eine Oberherrschaft Italiens über das Aethiopienland richtet.

Laval's Spardekrete und ihre Wirkung auf das Volk.

Kaum eine innerpolitische Regierungsmaßnahme hat Frankreich in den breitesten Bevölkerungsschichten so aufgewühlt und erschüttert wie die radikalen Spardekrete der Regierung Laval. Wenn wir gestern Zweifel darüber äußerten, ob das französische Volk sich willig und ohne Widerpruch auf den von Laval geforderten Opfergang führen lasse, so bestätigen die Ereignisse des gestrigen Tages die Erwartung, daß es den Einsatz der ganzen Staatsautorität und überragender politischer Klugheit bedarf, um die schweren Widerstände außerparlamentarischer Art, die sich bereits eindrucksvoll geltend machen, zu überwinden. Wenn es Laval auch gelingt, die Opposition der Linksparteien und sonstiger widerstrebender Elemente, soweit sie sich auf der Straße auswirkt, mit den Mitteln der Gewalt niederzuhalten, so weiß er selbst, daß die Dinge, die sich jetzt abspielen, nur Einleitung und Vorbereitung sind für die im Herbst zu erwartende Einberufung der Kammer, in der dann die Entscheidung über das Kabinett Laval und die künftige Politik in Frankreich fallen wird. Die Linksparteien sind eifrig am Werk, um ihre Kampfstellung auszubauen und dann in geschlossener Front gegen das gegenwärtige System anzutreten. Der Ausschluß zur Angleichung der sozialistischen und der kommunistischen Partei trat bereits zusammen, um zu den Sparverordnungen der Regierung Stellung zu nehmen. Der Ausschluß hat beschlossen, alle sozialistischen und kommunistischen Organisationen und sonstigen Einklanggruppen und Gewerkschaftsverbände zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Sparverordnungen aufzufordern. Die Stadträte sollen aufgefordert werden, Protestkundgebungen gegen die Sparverordnungen zu organisieren. Der Generatrat der Seine und die Generatrate der Provinz sollen nach dem Willen des Ausschusses ebenfalls einberufen werden, um die Rückwirkungen

Sittlerjugend aus Kanada im Weltjugendlager Kuhl-mühle.



(Scherl-M.)

Aus allen Teilen der Welt sind die Sittlerjugend nun im Weltjugendlager Kuhl-mühle zusammengekommen. Viele von ihnen sehen zum erstenmal ihr deutsches Mutterland. Hier marschiert eine Gruppe Sittlerjugend aus Kanada mit ihren Fahnen ins Weltjugendlager.

(4178)

der Verordnungen auf die Gemeindefinanzen zu prüfen und um die Abwehr zu organisieren. Die Postbeamten und -angestellten sind in einer großen Versammlung aufgefordert worden, die Entschlüsse ihrer verantwortlichen Organisationsleiter abzuwarten. Diese innerpolitische Hochspannung einschließlich der willkürlichen Spardiktate, die zu ihrer ungeheuren Verschärfung Anlaß wurden, ist letzten Endes eine Auswirkung der latenten politischen Vertrauens-
krise, die in Frankreich schon seit langen Monaten besteht. Laval hat mit seinen Notverordnungen zu einem Mittel gegriffen, das eine peinliche Notwendigkeit mit den deutschen Versuchen zur Überwindung der Krise in den Jahren vor der nationalsozialistischen Revolution aufweist. Auch hier waren Notverordnungen die letzte Rettung und Desolation das gepriesene, wenn auch verjagende Krisenheilmittel. Wenn man an den Zwang denkt, mit Notverordnungen regieren zu müssen, dann fällt eine weitere Parallele zwischen dem Deutschland von damals und dem Frankreich von heute ins Auge. Die Regierung Brüning mußte mit Notverordnungen arbeiten, weil sie weder über die sichere Mehrheit im Parlament noch über das notwendige Vertrauen bei der Mehrheit des Volkes verfügte. Und wie ist es mit Laval? Die Demonstrationen vom 14. Juli in Paris, wenn sie auch nicht zu Zusammenstößen geführt haben, haben doch, ebenso wie die gestrige Massenkundgebung in Paris, gezeigt, wie sehr das französische Volk in sich zerrissen ist und wie labil die Stellung jeder parlamentarischen Regierung in Frankreich sein muß. Die Vertrauenskrise ist somit der Zwang, unter dem Laval gehandelt hat, als er zu dem Mittel der Notverordnungen griff und Sparmaßnahmen erließ, die in Frankreich alles andere denn populär sind. Wie stark die Vertrauenskrise in Frankreich sein muß, zeigt ein einfaches Beispiel. Ein Land, das über so viel Kapital verfügt, wie das bei Frankreich der Fall ist, wäre unter normalen Zeiten den üblichen Weg gegangen und hätte das Defizit durch eine innere Anleihe decken können. Geld dazu ist in Frankreich in Hülle und Fülle vorhanden, aber — nicht für den Staat. Der französische Sparer legt das Geld lieber auf die Sparkasse oder steckt es sogar in den Strumpf, ehe er es dem Staat überläßt, zu dem er kein oder nur wenig Vertrauen hat. Nach Schätzungen, die zutreffen dürften, beläuft sich dieses zurzeit nicht arbeitende und nicht ersparende Kapital, jedenfalls vom Staat nicht, auf rund 50 Milliarden Francs, die einfach gehortet sind. Dieses Geld als staatliche Anleihe könnte genügen, um für das erste wenigstens über die augenblicklichen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Aber, wie gesagt, für den Staat ist dieses Geld eben nicht da, und so mußte Laval, der in der Zwangslage der Vertrauenskrise steht, einen Schritt tun, der seine politische Stellung nicht befestigen wird, und der ihn persönlich in weiten Kreisen Frankreichs bei der Rechts sowohl wie bei der Linken in Mißkredit bringt. Auch Laval wird mit seinem Notverordnungsrecht die Staatskrise, in der sich Frankreich befindet, nicht überwinden. Erst unter einer starken Regierung, die das Volk auf neue Wege führt, mit der Parteivirtuosität aufkommt und auch außenpolitisch sich von den Theorien von gestern lösmacht, wird Frankreich und damit ganz Europa einer besseren Zukunft entgegengehen können.

Auflösung des NSDAP (Stahlhelm) in Schlesien.

Die Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Breslau als Leitstelle für Schlesien teilt mit: Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutz von Staat und Volk vom 28. 2. 1933 ist durch Erlass des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 19. Juli 1935 der Nationalsozialistische Deutsche Frontkämpferbund (Stahlhelm) in seinen sämtlichen Gliederungen für den Bereich der Regierungsbezirke Breslau, Liegnitz und Oppeln mit sofortiger Wirkung aufzulösen. Das Vermögen der aufgelösten Gliederungen wird beschlagnahmt.

Thüringer Stahlhelmführer in Schubhaft genommen.

Der thüringische Minister des Innern teilt mit: Auf Grund verschiedener Sandungen und Maßnahmen, die sich gegen die Autorität des Staates richten und wegen Verbreitung unwahrer Behauptungen, die geeignet sind, die Haltung des Staates in Mißkredit zu bringen, sowie wegen Verächtlichmachung einzelner Parteigliederungen des NSDAP (Stahlhelm) in Thüringen in Schubhaft genommen werden und in das Konzentrationslager Bad Sulza übergeführt werden. Aus den gleichen Gründen mußte eine Verordnung erlassen werden, nach der 1. das Tragen von Abzeichen oder von einheitlicher Kleidung jeder Art, die die Zugehörigkeit zum NSDAP (Stahlhelm) kennzeichnen;
2. alle Versammlungen einschließlich Pflichtenappelle, gesellige Mittagsbesprechungen, Konzerte oder sonstige Saalveranstaltungen des NSDAP (Stahlhelm);
3. das öffentliche Zeigen der Fahnen des NSDAP (Stahlhelm) auf Gebäuden und Grundstücken verboten sind.

„Peterson und Bendel“ keine Fälschung.

Erklärung der Schwedischen Filmgesellschaft. DNB Berlin, 19. Juli.
Nach dem ungeheuren Erfolg des schwedischen Films „Peterson und Bendel“ in Berlin und den provokativen Störungsversuchen der Juden ist gelegentlich in ausländischen Zeitungen behauptet worden, daß der Film in der deutschen Fassung gefälscht worden sei. Diesen Gerüchten trat Direktor S. A. G. Swenon von der Schwedischen Filmgesellschaft wider, die den Film „Peterson und Bendel“ hergestellt hat, in einer Unterredung mit einem Vertreter des DNB auf das lebhafteste entgegen.
Direktor Swenon hat selbst den Film in der deutschen Fassung in Berlin gesehen. Er betonte, daß die deutsche Textierung genau dem schwedischen Dialog entspricht und daß kein einziger Satz aus dem geringsten Verdacht verdreht worden sei. Im Gegenteil, der Roman und z. T. auch das Drehbuch des schwedischen Films sei an manchen Stellen noch schärfer als der deutsche Text. Wenn eine Fälschung vorgelegen hätte, so erklärte Direktor Swenon,

Der Völkerbundsrat tritt zusammen.

Aber er will den Dingen ihren Lauf lassen. — Eine Scheinaktion.

Einberufung zum 29. Juli?

DNB Genf, 19. Juli.
In Völkerbundsreisen verlautet, daß der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, den Mitgliedern des Völkerbundsrates ein Telegramm übermittelt, in dem er offiziell mitteilt, daß die Schlichtungsverhandlungen im abessinisch-italienischen Streitfall geklärt seien und daß laut Ratsbeschluss vom 25. Mai nunmehr der Völkerbundsrat zur Ernennung des fünften Schiedsrichters zusammenzutreten müsse. Das Telegramm soll auch die Anregung enthalten, der Rat möge zu dieser Tagung am Montag, dem 29. Juli zusammentreten.

Der Schritt Avenols soll das Ergebnis der eingehenden Verhandlungen sein, die der Generalsekretär des Völkerbundes im Laufe der letzten zwei Wochen in London und Paris gehabt hat. Je nach dem Ergebnis der Antworten der verschiedenen Ratsmitglieder auf die Anregung Avenols, der der Wert einer Konsultation beigemessen wird, soll dann als nächster Schritt die Einberufung des Völkerbundsrates durch den amtierenden Ratspräsidenten Litwinow, der sich gegenwärtig in der Tschechoslowakei befindet, erfolgen. In Völkerbundsreisen besteht der Eindruck, daß falls es wirklich zu einem Zusammentritt des Rates Ende Juli kommen sollte, die Tagung nur kurz sein wird und der Rat sich darauf beschränken würde, den fünften Schiedsrichter, der sehr wahrscheinlich eines der Mitglieder des Völkerbundsrates werden soll, zu ernennen. Eine tatsächliche Aufklärung des Konflikts soll nicht in Frage kommen, da daran im Augenblick niemand ein Interesse hätte, während eine formelle Tagung, die nur der Ernennung des fünften Schiedsrichters dienen würde, dem allgemeinen Wunsch nach Hinausschiebung einer grundsätzlichen Auseinandersetzung bis zum Herbst entsprechen würde. Es herrscht hier die Meinung vor, daß man sich vor dem Schritt Avenols wohl auch des Einverständnisses der italienischen Regierung zu einem solchen Vorgehen versichert hat.

Kabinettskrise in Griechenland.

Gegensätze in der Frage der Staatsform.

DNB Athen, 19. Juli.
Kriegsminister und stellvertretender Ministerpräsident General Kondylis sowie Landwirtschaftsminister Theotokis haben überraschend ihren Rücktritt erklärt. Nach dem Rücktritt der Minister Kondylis und Theotokis forderte Ministerpräsident Tsaldaris im Ministerrat, in dem es in der Frage der Staatsform zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war, die übrigen Minister auf, ihren Rücktritt einzureichen. Tsaldaris wird im Laufe des Tages vom Staatspräsidenten Jannis empfangen und mit der Kabinettsneubildung betraut werden.

Die Krise des Ministerpräsidenten Tsaldaris nach Deutschland wird infolge der Ministerkrisen verkompliziert. Die Ministerkrisen wurde ausgelöst durch die Haltung des Generals Kondylis, der nach seiner Rückkehr aus Rom und Belgien den Ministerpräsidenten Tsaldaris durch seinen Rücktritt zu einer klaren Stellungnahme in der Frage der Staatsform zu zwingen versuchte. Kondylis meinte, er könne nach der Abreise des Ministerpräsidenten Tsaldaris nach Deutschland nicht die Stellvertretung in einem Ministerium übernehmen, dessen Mitglieder in der Frage der Staatsform gegenteiliger Meinung seien. Außerdem sei nach Ansicht Kondylis die von der Regierung verfolgte Neutralität in dieser Frage während seiner Abwesenheit nicht eingehalten worden.

Japan und Abessinien.

Eine italienische Erklärung, mit der Japan nicht einverstanden ist. — Ernste Vertimmung in Tokio. — Wirtschaftliche Interessen.

Wird der Botschafter abberufen?

DNB Tokio, 19. Juli.
In Kreisen des Auswärtigen Amtes beschäftigt man sich lebhaft mit einer Meldung aus Rom, wonach der dortige japanische Botschafter am Dienstag dem italienischen Regierungschef auf Wunsch seiner Regierung formell erklärt haben soll, daß Japan keinerlei Absicht habe, in den italienisch-abessinischen Streitfall einzugreifen und daß Japan keine politischen Interessen in Abessinien habe.

Dazu wird hier erklärt, der Botschafter habe außer den allgemeinen Anweisungen, die ihm schon vor längerer Zeit erteilt worden seien, keinen besonderen Auftrag erhalten. Man erwarte noch den eingehenden Bericht des Botschafters aus Rom. Im übrigen sei die Haltung Japans in dieser Frage unverändert.

Eine Einmischung in den italienisch-abessinischen Konflikt sei nicht beabsichtigt. Dagegen werde die allgemeine politische Entwicklung und die Haltung von Genf hier aufmerksam beobachtet. Japan sei in gewisser Hinsicht interessiert, wobei auf die beträchtliche Ausfuhr nach Abessinien hingewiesen wird.

son, so würde die schwedische Filmgesellschaft unbedingt dagegen in aller Form und in voller Öffentlichkeit Einspruch erhoben haben. Dies ist jedoch nicht geschehen, und daher erledigen sich die Anwürfe gewisser Zeitungen von selbst.
Direktor Swenon erklärte weiter, daß er nicht verstehe, warum die Juden gegen den Film protestierten, denn der Film sei keinesfalls in antisemitischer Tendenz gedreht worden.
Auf die Frage nach den Auswirkungen der schwedischen Boykottierungsbestrebungen gegen den deutschen Film, erklärte Direktor Swenon, der gute deutsche Film sehe sich nach wie vor in Schweden durch, und es sei nur eine Frage der Zeit, daß der Boykott endgültig verschwinde. Die schwedische Filmgesellschaft wolle in der nächsten Spielzeit etwa vier schwedische Filme nach Deutschland bringen und dafür 10 oder 12 deutsche Filme in Schweden einführen.

Wer den Film „Peterson und Bendel“ gesehen hat, wird dem Leiter der schwedischen Filmgesellschaft glauben, daß den Produzenten eine antijüdische Absicht ferngelegen hat. Wie jede echte künstlerische Menschenkenntnis, ist auch die des Juden Bendel pfeifend und

„Unüberwindliche Hindernisse.“

Sämtliche Vermittlungsversuche gescheitert. London, 19. Juli.

Die Ansprache des Kaisers von Abessinien vor dem Parlament ist hier die Hauptmeldung des Tages. Ueber die Lage berichtet der diplomatische Berichtstatter der „Morning Post“, der britische Botschafter in Rom habe am Mittwoch an Mussolini bei einer Botsprechung im Namen der britischen Regierung die Einladung gerichtet, auf der Sitzung des Völkerbundsrates über Abessinien den italienischen Standpunkt öffentlich darzulegen. Bisher sei keine Antwort bekannt. Die Anzeichen seien aber ungünstig. Die Zusammenkunft des Völkerbundsrates werde wahrscheinlich am 29. Juli erfolgen. Die Weigerung Italiens, sich mit bloßen wirtschaftlichen Zugeständnissen zu begnügen und die Weigerung Abessinien, irgend eine Art politischer Abhängigkeit anzunehmen, seien unüberwindliche Hindernisse. Es sei daher beschlossene worden, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Ueber die Haltung des britischen Vertreters auf der Sitzung des Völkerbunds habe das Kabinett am Donnerstag beraten. Eine endgültige Entscheidung werde aber erst in der nächsten Woche getroffen werden. Es verlautet, daß das Kabinett entschieden für die Anwendung des Grundgesetzes kollektiver Sicherheit sei. Natürlich könne dieser Grundgedanke in verschiedener Weise ausgelegt werden. Wenn z. B. die Italiener die von ihnen fortgesetzt Abessinien zur Last gelegte Aggressivität beweisen würden, so würde der Völkerbund vielleicht entscheiden, daß Abessinien unrecht habe und würde Italien beauftragen, für Ordnung zu sorgen. Es sei natürlich noch die Frage, ob diese Lösung endgültig angenommen werde, aber sie gehöre bestimmt zu denen, die ins Auge gefaßt worden seien. Allerdings müßte Italien seine Haltung gegenüber dem Völkerbund in diesem Falle ändern.

Die weitere Entwicklung der Ministerkrisen in Griechenland läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Vor allem erscheint es noch unklar, ob es Kondylis gelingt, die Klärung der Regierungsform durch die von ihm herbeigeführte Kabinettskrise zu bewerkstelligen und eine baldige Durchführung der Verfassungsänderung durchzusetzen. Ausschlaggebend für die Frage „Republik oder Monarchie“ dürfte auch die Haltung der höheren Militärs sein. Die regierungsfreundliche Zeitung „Typos“ glaubt die Haltung der Militärs in der Frage der Verfassungsänderung folgendermaßen präzisieren zu können:
Der Herr ist grundsätzlich nicht gegen die Restauration und darum auch nicht gegen die Verfassungsänderung, aber es glaube, daß genügend Republikaner im Lande wären, welche die in Aussicht genommene demokratische Monarchie gefährdeten. Darum müßte eine Verfassungsänderung, die nicht eine wesentliche Form des Königtums als die konstitutionelle bezeichne, vermieden werden, um nicht den Gedanken des Königtums überhaupt zum Scheitern zu bringen.

Von anderer Seite wird behauptet, die große Mehrheit der Offiziere denke vollends republikanisch. Die wenigen royalistischen Offiziere seien nur um Kondylis, den Kriegsminister, gruppiert, der schon immer antiparlamentarisch gewesen sei und nun in Verbindung mit der Monarchie eine Art faschistisches System in Griechenland einführen möchte. Diese Angabe aus übermäßige Lob, das er kürzlich in Italien dem Faschismus und dem Duce geschenkt habe. Von der Presse und einem Teil der Politiker wird hingegen, der Gegenstand der Diskussion über das Königtum, sehr lebhaft zur Unkimmigkeit über die Verwerfung des Prinzregenten fortgeführt. Während die demokratische Richtung für den früheren König Georg eintrete, werde von der faschistischen Richtung, die Kondylis angeblich propagiert, Prinz Nikolaus von Jugoslawien als Thronanwärter genannt.

In japanischen Kreisen wird die Vermutung geäußert, daß die Verlautbarung ohne Wissen des japanischen Botschafters erfolgt sei. Man meint, in den Blättern auch zu der Auffassung, daß das japanische Auswärtige Amt die Erklärung Sugimuras für überflüssig hält und deshalb nicht mit ihm einverstanden ist.
Der japanische Außenminister Hirota empfing am Freitag den italienischen Botschafter zu einer Aussprache, in deren Verlauf er die japanische Haltung im italienisch-abessinischen Streitfall darstellte. Hirota erklärte, daß Japan beiden Staaten absolut neutral gegenüberstehe. Er betonte, daß die italienische Verlautbarung Japans Haltung unrichtig darstelle. Der japanische Botschafter in Rom habe seinen Austritt gegeben, eine Erklärung in der bekannten Form abzugeben, da Japan die Entwicklung noch nicht übersehen könne. Die italienische Darstellung sei unrichtig, da sie eine Stellungnahme gegen Abessinien erkennen lasse. Der japanische Außenminister erklärte dann weiter, daß Japan die weiteren Vorgänge aufmerksam verfolgen werde, da es ebenso wie England und Italien an der italienisch-abessinischen Frage insofern politisch interessiert sei, weil sich Rückwirkungen in wirtschaftlicher Hinsicht auch für Japan ergeben könnten.
Die japanische Presse spricht von einer ernsten Vertimmung über das italienische Kommissariat und rechnet mit einem Botschafterwechsel in Rom.

Danziger Pensionäre sollen ins Reich übersiedeln.

DNB Danzig, 19. Juli.
Die schwierige finanzielle Lage der Freien Stadt Danzig macht es erforderlich, Ausgaben soweit wie möglich zu kürzen. Schon vor Wochen hat der Senat Sparmaßnahmen getroffen. Man hat die Wege angezeigt, und es zu einem Teil auch schon in die Wege geleitet. Einige Schwierigkeiten bereiten die Pensionen und Rentenzahlungen der Witwen und Hinterbliebenen, die in ihrer Gesamtheit etwa 10 Millionen Gulden ausmachen, so daß der Staat auch auf diesem Gebiete nachtraglich muß, seine Ausgaben erheblich einzuschränken.

Grund ist zu erwähnen, daß allen Pensionären der Staat angehört, die Genehmigung, ihre Pensionen in Danzig zu verbrauchen, vom Reich schon in nächster Zeit zur Verfügung wird, so daß sich daraus eine zwangsläufige Rückgewandlung ins Reich ergibt. Pensionäre Danziger Staatsangehörigkeit, bei denen das Danziger Beamtenabkommen zur Anwendung kommt, werden vom Senat in diesen Tagen Aufforderungen erhalten, aus staatsfinanziellen Gründen ebenfalls nach Deutschland überzusiedeln. Ein Zwang der Übersiedlung von Danzigen ins Reich besteht jedoch nicht. Danziger Pensionäre und Rentempfinger, die von der freiwilligen Übersiedlung ins Reich bis zum 30. September 1935 Gebrauch machen, erhalten Umzugsbeihilfen und notwendigerfalls auch Mietbeihilfen, die bei Rückkehr ihrer Danziger Wohnung notwendig werden sollten. Nicht betroffen werden von der Übersiedlung Witwenpensionäre und Kriegshinterbliebene über 80 Jahre und Rentempfinger und Kriegsbeschädigte, deren monatliche Bezüge nicht mehr als 50 Gulden betragen.

Die Zusammenarbeit der deutschen und englischen Frontkämpfer.

DNB Berlin, 19. Juli.

Der Führer des Reichsführerbundes, Oberst a. D. Reinhard, hatte am Donnerstagnachmittag die Vertreter der Britischen Legion, die am Mittwochabend wieder von Hamburg nach Berlin zurückgekehrt waren, zu einem Frühstück in das Hotel Campana eingeladen. Zahlreiche Vertreter der deutschen Frontkämpferverbände hatten der Einladung gleichfalls Folge geleistet. Die Rahmen des neuen Deutschland und der Union Jack schmückten den Festsaal des Hotels Campana. Oberst a. D. Reinhard hob in seiner Begrüßungsansprache die kameradschaftliche Verbundenheit aller Frontkämpfer hervor. In seiner Antwort betonte Major Fetherstone-Goble, daß die ehemaligen Frontkämpfer durch ihre Zusammenarbeit untereinander ihren Vätern ebenso gut dienen wie dem Vaterland im allgemeinen.

Am Nachmittag waren die englischen Frontkämpfer Gäste des Reichsverbandes Deutscher Offiziere, der ihnen auf einem Ausflug nach Potsdam am historischen Stätten der preussischen Geschichte zeigte.

Das Programm der Deutschlandreise der englischen Frontkämpfer lag am Donnerstag eine Arbeitsbesprechung über die künftige Ausgestaltung der gegenwärtigen Beziehungen vor. Im Namen seines Verbandes lud dabei Major Fetherstone-Goble die deutschen Kameraden zur Teilnahme an der nächsten Jahrestagung der Britischen Legion im August 1936 nach England ein. Die deutschen Frontkämpfer nahmen diese Einladung mit großem Beifall auf. In der Zwischenzeit soll eine Englandreise deutscher Frontkämpfer dem Studium des Verorganisationswesens der Britischen Legion und einem eingehenden Meinungsaustausch über die sozialen Einrichtungen dienen. Als besonders wichtig wurde festgestellt, daß die Jugend der Völker im Frontkämpfergeiste erziehen werde. Im Anschluß an den Besuch der Berliner Juli-Tagung der FSKAG, mit der die deutsch-englischen Frontkämpferbewegungen freundschaftliche Beziehungen knüpfen wollten, wurden Maßnahmen zu einer engeren Verbindung zwischen Frontkämpfern und Jugend angedacht. Die Besprechungen zeichneten sich durch den kameradschaftlichen Geist und den herzlichsten Ton aus, in dem alle Fragen erörtert wurden.

Auf den Index gesetzt.

Alfred Rosenbergs Schrift „An die Dunkelmänner unserer Zeit“.

DNB Rom, 19. Juli.
Durch päpstliches Dekret ist die Schrift Alfred Rosenbergs „An die Dunkelmänner unserer Zeit“ auf den Index gesetzt worden. Der im „Observatore Romano“ veröffentlichte Erlass enthält keinerlei Begründung.

Der Oberbefehlshaber der englischen Reserveflotte tödlich verunglückt.

DNB London, 19. Juli.

Der Oberbefehlshaber der englischen Reserveflotte Vizeadmiral Edward Allen-Kustson, ist am Donnerstagabend bei einem Kraftwagenunfall tödlich verunglückt. Aus bisher unbekannter Ursache fuhr sein Kraftwagen, den er selbst lenkte, auf dem Wege von London nach Portsmouth gegen einen Baum und wurde völlig zertrümmert. Der Admiral war sofort tot. — Im Kriege war Allen-Kustson Kommandant des englischen Kreuzers „Dorsetshire“, das erste englische Kriegsschiff, das nach dem Kriege einen Besuch in Kiel ausführte.

Frau Hanau verübte Selbstmord.

(!) Paris, 19. Juli.

Die ehemalige Direktorin der „Gazette du Franc“ und Herausgeberin der Finanzzeitung „Forces“, Frau Marie Hanau, ist im Frauengefängnis von Fresnes gestorben.
Der Generalsstaatsanwalt hat eine gerichtliche Untersuchung über den Tod der im Gefängnislagerort von Fresnes verhafteten Marie Hanau anstellen lassen. Es hat sich bestätigt, daß Frau Marie Hanau am 14. Juli einen Selbstmordversuch unternommen hat, über den erst jetzt nach ihrem am Freitag erfolgten Tode etwas bekannt wird. Frau Hanau hat am 14. Juli eines Doits Veronal zu sich genommen.

Frau Hanau hatte in den letzten Jahren eine Reihe Aufsehen erregender Prozesse geführt und sich trotz aller gegen sie gerichteten Beschuldigungen weder in ihrem Kampf gegen die Gerichte noch in ihren geschäftlichen Unternehmungen entmutigen lassen. Sie war eine Zeitlang das Tagesgespräch von Paris, als sie aus einem Krankenhaus, in dem sie polizeilich überwacht wurde, nachhause zu entweichen verstand und von einem kleinen Kaffeehaus aus persönlich die Polizei telefonisch von dem Vorfall in Kenntnis setzte. Später wurde Frau Hanau, nachdem sie wegen betrügerischen Bankrotts zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, sich aber nicht freiwillig zur Abkündigung der Strafe meldete, festgenommen. Sämtliche Anträge ihrer Verteidiger, sie vorläufig auf freien Fuß zu setzen, damit sie ihre durch einen schweren Kraftwagenunfall erschwerte Gesundheit wieder herstellen könnte, blieben erfolglos.

Beim Besuch im ehemaligen Kriegsgebiet verunglückt.

DNB Bogen, 19. Juli.

Einige österreichische Offiziere mit ihren Angehörigen unternahmen in drei Kraftwagen eine Fahrt zum Col di Lana, auf dem sie während des Krieges kämpften. Auf der Fahrt rutschte ein Kraftwagen aus, kurzze einen steilen Berghang hinunter und blieb in einem großen Granatirichter liegen. Die Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert und erlitten schwere Verletzungen. Die Gemahlin eines österreichischen Offiziers trug einen gefährlichen Schädelbruch davon. Ein Mann erlitt einen Beinbruch, einem anderen wurde der Arm fast ausgerissen. Außerdem waren sämtliche Vermittlungsversuche im Gefolge schwer verletzt. Sie wurden in das Krankenhaus Belluno gebracht.

Beilage

Blick

Nutzen

Jahrestag des Krim

Zum 84. Mal feiert die Welt den Jahrestag der Schlacht von Tannenberg. Die Schlacht, die am 2. September 1913 stattfand, war eine der größten Schlachten der Weltgeschichte. Sie wurde zwischen der deutschen Armee und der russischen Armee ausgetragen. Die deutsche Armee gewann die Schlacht und zerstörte die russische Armee. Die Schlacht von Tannenberg ist ein wichtiger Tag in der Geschichte Deutschlands und der Welt.

Kann ein Mensch 180

In den letzten Tagen haben wir von der Lebensweise der Menschen in verschiedenen Ländern gehört. In England leben die Menschen sehr gesund und glücklich. In Frankreich leben die Menschen sehr reich und glücklich. In Deutschland leben die Menschen sehr fleißig und glücklich. In der Schweiz leben die Menschen sehr wohlhabend und glücklich. In den Vereinigten Staaten leben die Menschen sehr reich und glücklich. In Japan leben die Menschen sehr fleißig und glücklich. In Indien leben die Menschen sehr arm und unglücklich. In China leben die Menschen sehr arm und unglücklich. In Afrika leben die Menschen sehr arm und unglücklich. In Südamerika leben die Menschen sehr arm und unglücklich. In Australien leben die Menschen sehr reich und glücklich. In Neuseeland leben die Menschen sehr reich und glücklich. In der Antarktis leben die Menschen sehr arm und unglücklich.

Ständiger Sommer

Die Niederlande der Kampf um den Davis-Sportwelt, sondern auf Weis nicht schälen. U. s. a. Die Australier Deutschen die besten der Australier Gelehrten sind nämlich mit Recht, daß der Meistkämpfer Sommer nicht ist es zur Zeit Winter Sportsleute aber gegen den Sommer geraten, gefest habe. Die meisten Gelehrten eine e nannten „Sommer“ ständig mit dem Sommer Jahre lang keinen kommt ja selten jemand sind aber, da z. B. die nur eine Sportart zu finden, häufig genug durch mit dem Sommer weise der bekannte aus seit ihrer Jahren keine wechselnd die Sommer mitmacht. Das aber keine menschliche Konstitution ohne Winter sein und die Menschen nehmen.

Der Fall Russell.

In England starb der 13-jährige Sohn John Russell. Bei dieser Gelegenheit den „Fall Russell“, der Kriege außerordentlich gerade der junge John Geburt erklärte Lord Russell, daß John Russell Russell kämpfte natürlich und für die Rechte ihrer fesserte sie mit ihrem zahllose Sachverständigen von Familienähnlichkeit oder nicht — die Blutz dem damaligen Stand läßt galt — u. s. w. In Amphitt, der zugleich Recht. Schließlich gelang das Oberhaus zu früheren Urteilen um peinlichen Verhandlung mäßigen Sohn un

„Gefährlichkeit zur Erzie

In England hat ein gegebene, die „Smei der Name jagt, mit ein Mann, der über vi fügt, hat sich über den Gesellschaft eingehend

Jahrestag des Krimkriegendes.

Zum 84. Mal kehrte dieser Tage der Jahrestag der Beendigung des Krimkrieges wieder. Der Tag wurde in England, wie gewöhnlich, durch eine Flottenrevue auf der Höhe von Spithead gefeiert. Neben vielen anderen Ehrengästen waren auch die Mitglieder der beiden Parlamente geladen. Am eigentlichen Tag des Kriegesendes 1856 hatten die Parlamentarier Vesp. Die Maschine ihres Eisenbahnzuges hatte eine Panne, wie sie damals nicht selten auf der Eisenbahn vorkam, und die Geleise der Großbritannien erreichten Spithead erst, als die Revue gerade vorbei war. Um die Sache noch schlimmer zu machen, wurden die Lords und Mitglieder des Unterhauses sogar offiziell ignoriert, obwohl sie an ihrer Verpöpfung wirklich keine Schuld hatten. Aber die Königin Viktoria verstand in solchen Dingen nun keinen Spaß. Mithinut und verärgert zogen die Parlamentarier wieder ab, und es ist kein Wunder, daß sie ihrer Mut Luft machten, als die nächste Flottenvorlage vor die Parlamente kam.

Der westfälische Industriebezirk besatzungsfrei.

kr Bochum, 20. Juli.

Heute vor zehn Jahren verließen die letzten französischen Truppen die Stadt Bochum und die benachbarten Städte Herne, Hattingen, Gelsenkirchen, nachdem sie einen weiter vorherliegenden Wogen das Gebiet um Dortmund geräumt hatten. Die Anordnung der Stadtwachen war, beim Abzug der Franzosen Disziplin in ruhiger Haltung zu bewahren, wurde von der gesamten Bevölkerung der westfälischen Industriebezirke befolgt. Die Einwohnerzahl, jahrelang bedrückt, atmete wieder erleichtert auf. Als die Franzosen die Stadträngen der genannten Städte überschritten, kamen aus allen Häusern zum Zeichen der Freude über die endliche Befreiungslunde die Fahnen hervor. Als erster Glückwunsch an die genannten Städte traf am 20. Juli das Telegramm der westfälischen Provinzialverwaltung ein, in welchem der Industriebevölkerung ein baldiger glücklicher Auszug gewünscht wurde. In den Städten traten die Stadtverordnetenversammlungen zu würdigen Befreiungslundungen zusammen. In den letzten Abendstunden des 20. Juni rückte dann unter begeistelter Zustimmung der Menge die staatliche Schutzpolizei wieder ein.

Eine Woche später räumten die Franzosen auch das weite Eisener Gebiet und am 25. August 1925 überschritt endlich der letzte französische Trübschnitt die Düsseldorf-Rheinbrücke westwärts. In den Tagen des 15. bis 19. September weilte Reichspräsident von Hin-

den Burg in den befreiten westfälischen und rheinischen Städten. „Redt einbruchsroll gestaltete sich die Kundigungsaffäre des Reichspräsidenten durch die westfälischen und rheinischen Lande bis Düsseldorf, auf der er in schlichten Worten aussprach, und Ihnen für das in der Befreiungszeit bewiesene Bekenntnis zu unlösbarer Volksgemeinschaft im deutschen Vaterland, die Tat beweist, daß „die im Feuer der Not gefährdete und gestandfeste Treue zu Heimat und Vaterland in alle Zukunft standhaft werden.“

Welch ungeheure Kosten die französische Besatzung von den Städten und Gemeinden des Industriegebietes unter Zwang aufzubringen hatten, davon gibt uns eine amtliche Feststellung der Stadt Bochum aus damaliger Zeit Kenntnis. Die Kosten der Besatzung für die Stadt Bochum betragen in der Zeit nach der Inflation im Dezember 1923 rund 4 000 000 Goldmark. Die Aufwendungen während des passiven Widerstandes bis Mitte November 1923 hatten 77 945 868 000 000 000 Papiermark betragen. Dieser Betrag stellt, ungerechnet, nach dem Kurs am Tage der Anweisung einen Betrag von rund 2 500 000 Goldmark dar. In dieser gewiß enormen Schadenssumme für eine einzige Stadt sind die Beträge nicht einbeziffert, die der preußische Staat geltend gemacht. Diese bezifferten sich ebenfalls auf mehrere hunderttausend Mark. Auch sind darin die Schäden nicht enthalten, für die das Reich unmittelbar aufzukommen hat.

Von der Ludwigsbahn zur Stromlinie

Von unserem nach Nürnberg entsandten Sonder-
berichterstatte.

vo. Nürnberg, im Juli.

Die Reichsbahndirektion Nürnberg baute am Rande der Stadt die größten Umkleebetten Deutschlands auf. Nürnberg ist schließlich einer der bedeutendsten Güterumschlagplätze in unserem Vaterland. Es entstand eine doppelte Halle von 300 m Länge und 30 m Breite. Sie erschien sehr geeignet, die große Schau aufzunehmen, die die Entdeckung der deutschen Eisenbahnen seit jenem historischen grauen Dezembertag 1835, da die Ludwigsbahn von Nürnberg nach Fürth fuhr, bis zum heutigen Tage darstellen sollte.

Wir erhalten einen denkbar vollständigen und überaus lehrreichen Einblick in den ungeheuer vielfältigen komplizierten Betrieb des größten deutschen Unternehmens und vielleicht überhaupt der Welt, das sich deutsche Reichsbahngesellschaft nennt. 12 Kojen an der Westseite der Hallen, die in stilles Grün gekleidet sind und durch einen Turm mit den Wappen der einzelnen Direktionsbezirke einen architektonischen Auftrieb erhalten haben, bergen das, was die Reichsbahn statistisch, sozialpolitisch und werbetreibend zu sagen hat. Zahlen marschieren auf, die auch dem hochmütigsten Techniker und jedem Amerikaner imponieren müßten. Zahlen über die Milliardenwerte, die in Schienen, im Oberbau, in dem riesigen Lokomotiv- und Fuhrpark investiert find. Man erzählt, ein wenig erstaunt, daß aber die Reichsbahn nur 78 Proz. des deutschen Bahnnetzes umfaßt und daneben in manchen Provinzen wie Pommern, Schleswig-Holstein etc., die Kleinbahnen in privater Hand ein größeres

Der Fall Russen.

In England starb dieser Tage Lord Amphilil und sein 13jähriger Sohn John Russell wird Erbe des Titels. Bei dieser Gelegenheit erinnern die englischen Blätter an den „Fall Russell“, der in den ersten Jahren nach dem Kriege außerordentliches Aufsehen erregte. Damals war gerade der junge John geboren worden. Bald nach der Geburt erklärte Lord Amphilil aber in aller Oeffentlichkeit, daß John Russell nicht sein Sohn sein könne. Lady Russell kämpfte natürlich wie eine Löwin für ihre Ehre und für die Rechte ihres Sohnes. Vier Jahre lang protestirte sie mit ihrem Mann. Die Gerichte ließen durch zahllose Scherensitzbände prüfen, ob der junge John Spuren von Familienähnlichkeit mit den Amphilils aufweise oder nicht — die Blutprobe wurde abgelehnt, da sie nach dem damaligen Stand der Wissenschaft als zu unzuverlässig galt — usw. In allen Instanzen bekam Lord Amphilil, der zugleich seine Scheidung beantragt hatte, Recht. Schließlich gelang es Lady Russell, den Fall vor das Oberhaus zu bringen, und dieses warf alle früheren Urtheile um und erklärte nach einer ziemlich peinlichen Verhandlung John Russell zum rechtmäßigen Sohn und Erben Lord Amphilils.

„Gesellschaft zur Erziehung des Geruchsinns.“

In England hat ein Mr. Applebe eine Gesellschaft gegründet, die „Smell Society“, die es, wie schon der Name sagt, mit den Gerüchen hat. Der Gründer, ein Mann, der über viel Geld und noch mehr Zeit verfügt, hat sich über den Sinn und die Notwendigkeit seiner Gesellschaft eingehend ausgelassen. Mister Applebe hat

Selbstverständlichkeit einen Hörer abnimmt und durch Radio der Sendestation bekanntgibt, daß er die Aufforderung wohl verstanden hat. Radio zwischen Lokomotivführer und Rangierstelle! Wie lange wird es dauern und die großen D-Züge werden durch ihre eigenen Sendeanlagen in ständiger Verbindung mit den Stationen bleiben. Sicherheit gegen Unfall!

Zierliche Winden heben mächtige Lokomotiven in die Höhe. Ein Brunnstüd von Ausfischswagen mit Glasdächern auf der Straße Garmisch-Partenkirchen, nagelneue Triebwagen mit allen Schikanen, Kühlwagen und Postwagen mit Oberlicht, die modernen Dr.-Zugwagen mit Pufferung 3. Klasse und eine Unmenge anderer Neuerungen werden uns vorgeführt. Den stärksten Eindruck hinterlassen aber unzweifelhaft die neuen Stromlinienvergestüme, die wie vorzeitliche Giganten, elegant, raubtierartig geheimnisvoll auf das Startgeheiß lauern, das sie mit einer Geschwindigkeit von 170 km in der Stunde über die Schienen jagen wird.

Draußen auf dem Freigelände jedoch zeigen sich noch ganz andere Giganten. Ein fahrbarer Kran mit einer Hebekraft von 75 To, hebt Lokomotiven mit gebändigter Kraft, die modernsten Diesellautos ziehen Güterwagen auf fahrige Gefelle, auf denen sie durch die Straßen bis in die Fabrik transportiert werden können. Nächste

Adolf Hitler. March der SS



NÜRNBERG

Zum diesjährigen Reichsparteitag veranstaltet die
 marsch durch ganz Deutschland, der die Einheit der
 allen Gebieten der SA marschieren insgesamt 341
 berg, um hier am Reichsparteitag teilzunehmen. 1
 auf 10 500 Kilometer — also ein Viertel des Erd-
 der Ostsee nach Nürnberg, beträgt nahezu 800 Kilom-



Englands Frontkämpfer und Deutschlands
Jugend.

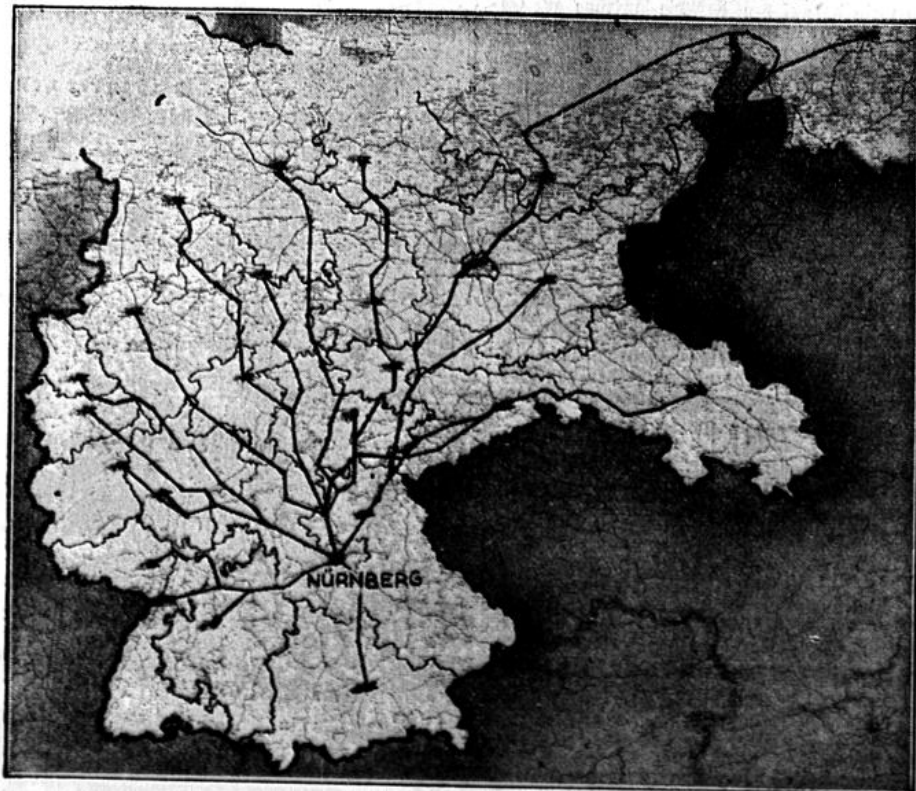
Die englischen Frontkämpfer, die sich in Hamburg aufhielten, besuchten dort die schwimmende Jugendherberge „Hein Gedenkind“. Dort weilten gerade 60 Hitlerjungen, die in diesen Tagen als Austauschschüler nach England gehen. Die britischen Frontkämpfer unterhielten sich in herzlichster Weise mit den deutschen Jungen und betonten, daß sie alles daransetzten, um die Freundschaft der beiden Länder zu stärken. Das Bild zeigt den Führer der britischen Abordnung, Major Featherstone-Godley, im Gespräch mit den Hitlerjungen. (Scherl-M)

Ma schinen legen selbständig Gleise. Von der kleinen handlichen Dräse bis zur schwersten Reparaturmaschine, den Hilfszügen, ist alles vertreten. Hier erstreckt sich die Verbindung von Eisenbahn und Kraftfahrzeug.

Und dann wollen wir vor allem nicht des größten und schönsten Spielzeuges vergessen, das uns diese Schau bietet. Mehr als ein gelungenen Einfalt: Die gute alte Ludwigseisenbahn mit der historischen Reise- und der ersten aus England damals bezogenen Lokomotive. „Der Adler“ faucht vor den vier zierlichen Korbwägelchen. Am Tage der Eröffnung gab es einen Nordstall, als Generaldirektor Dormmüller inmitten einer Schar von Kindern in Biebermeideleibden sich den mächtigen braunen Zylinder des Zugführers aufsetzte, um mit atternden Kopfzylinder selbst das kleine fauchende Ungestüm auf die Strecke zu bringen, während die eigentlichen Lokomotivführer in ihrer historischen Tracht: Zylinder, brauner Rodmantel, hoher Vatermörder und — bitte nicht sehr — weiße Sandstöße, lachend daneben standen! Welch eine Gelegenheit für die Fotografen, welch ein Haß bei der Jugend und den Gästen! Dabei, allein Reflekt vor den Fährlichkeiten dieses alten „Adlers“ dem ersten erkannten Zeitgenossen die merkwürdigsten Beschreibungen hinterlassen haben, er fährt mit einer Gewandigkeit, die manche Straßenbahn belächeln wird, in zwei Kilometer rund um das Ausstellungsgelände.

Diese Ausstellung ist sicherlich in vieler Hinsicht lehrreicher als die meisten der technischen Schauen, die man oft zu sehen bekommt. Und wenn lehrreich ein Kriterium für den Wert einer Ausstellung sein kann, dann hat diese Jahrhundertschau der deutschen Reichsbahn ihren Zweck vollauf erfüllt.

Adolf Hitler, Marisch der SS zum Reichsparteitag 1935.



Zum diesjährigen Reichsparteitag veranstaltet die SA einen großen Befehntnis- und Propaganda-
marsch durch ganz Deutschland, der die Einheit der gesamten deutschen Jugend bezeugen soll. Aus
allen Gebieten der SA marschieren insgesamt 341 SA-Bannführer mit ihren Begleitern nach Mün-
chen, um hier am Reichsparteitag teilzunehmen. Die Gesamtmarschstrecke aller Gebiete beläuft sich
auf 10 500 Kilometer — also ein Viertel des Erdumfangs. Die längste Marschstrecke, diejenige von
der Ostsee nach Nürnberg, beträgt nahezu 800 Kilometer. Unsere Karte zeigt die Marschwege (die
geraden Schnurlinien, die die einzelnen marschieren werden. (Scherl-IR)

Rom, daß die italienische
 Moblie die Angelegen-
 heit des Vertrages
 englischen und